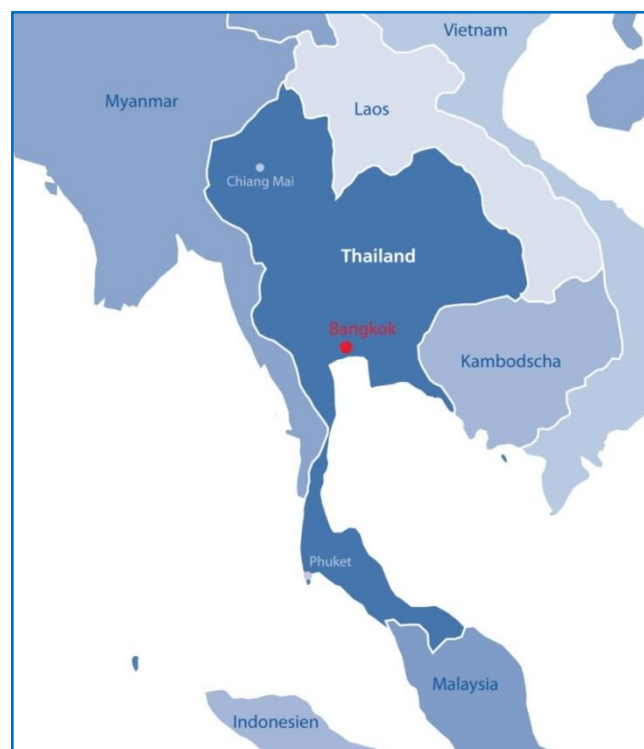




Inhalt

- Das Wichtigste in Kürze ■ Innenpolitik ■ Außenpolitik ■ Wirtschaftliche Entwicklung
- Soziale Entwicklung und Gewerkschaften ■ Arbeitslinien der FES ■ Daten auf einen Blick



Stand: Juli 2018

Das Wichtigste in Kürze

- Thailand wird seit mehr als vier Jahren von einer Militärjunta regiert, die sich im Mai 2014 an die Macht putschte. Die Gewaltenteilung ist aufgehoben und Kritik wird unterdrückt.
- Seit Ende 2016 ist König Maha Vajiralongkorn neues Staatsoberhaupt. Er folgt seinem Vater König Bhumibol Adulyadej, der am 13. Oktober 2016 nach 70-jähriger Amtszeit verstarb. Sein Tod bedeutete eine historische Zäsur für das Land und hinterlässt noch immer politische Unsicherheitsfaktoren.
- Es gibt kaum offene Proteste, während die gesellschaftliche Spaltung unter der Oberfläche weiterbesteht.
- Das Datum für Wahlen wird immer weiter nach hinten verschoben. Laut Angaben der Militärregierung sollen die Wahlen nun erst nach der offiziellen Krönung von Maha Vajiralongkorn stattfinden. Der Termin für die Krönung ist aber noch offen. Seit März 2018 dürfen sich Parteien registrieren, ein Politikverbot besteht jedoch weiterhin.
- Die 2016 in einem Referendum angenommene Verfassung ist von undemokratischen Elementen geprägt. Anfang 2017 wurde sie nach Einspruch des neuen Königs in Bezug auf seine Kompetenzen erneut geändert und dann verabschiedet.
- Während die EU weiterhin Kritik an der aktuellen politischen Situation und der Beschneidung von Menschen- und Freiheitsrechten übt, pflegt Thailand öffentlichkeitswirksam die Beziehungen zu China. Seit der Amtsübernahme von Präsident Trump haben sich auch die Beziehungen zu den USA wieder verbessert. Die außenpolitische Orientierung nach Westen bleibt bestehen.
- Thailands Wirtschaft ist 2017 erneut etwas stärker gewachsen als in den Vorjahren. Dennoch ist ein nachhaltiger Aufschwung nicht gelungen. Auch mittelfristig fehlen Schritte, die thailändische Wirtschaft auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu heben.
- Auch die hohe Ungleichheit ist Ursache für die sozialen Verwerfungen im Land. Nach sozialpolitischen Verbesserungen unter den ehemaligen gewählten Regierungen, unternimmt die Militärregierung keine Anstrengungen, die Missstände zu beheben.
- Die thailändische Gewerkschaftsbewegung ist schwach und politisch gespalten. Ihr gelingt es nicht, mit einer Stimme zu sprechen. Ihre Anliegen werden nicht von der Regierung aufgegriffen.
- Trotz der häufigen Darstellung als Land hoher Geschlechtergerechtigkeit sind Thailands Herrschaftsstrukturen männlich dominiert. Weibliche Objektifizierung findet zudem in den Unterhaltungsmedien und in der Sexindustrie statt. Es bestehen enge Zusammenhänge zwischen sozioökonomischem Status der Frauen und dem Risiko, Diskriminierung zu erleiden.

Innenpolitik

Auch im Jahr 2018 befindet sich Thailand weiterhin in einer tiefen Transformationskrise. Die innenpolitische Situation ist Symptom dieser Krise und wird seit Mai 2014 durch eine repressive Militärregierung bestimmt. Der Tod des Königs Bhumibol Adulyadej im Oktober 2016 hinterließ ein Machtvakuum einerseits und neue machtpolitische Trennlinien andererseits. Der neue König Maha Vajiralongkorn stellt vielmehr einen eigenen Machtpol dar, als dass er zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften moderiert. Auch der am 7.8.2016 im Referendum angenommene Verfassungsentwurf hat einen teils antidemokratischen Charakter, weshalb geringe Hoffnung auf eine baldige und nachhaltige Demokratisierung besteht. Ein Wahltermin steht nicht fest. Ein Wiederaufflammen des offenen Konflikts ist nicht auszuschließen.

Verlängerung der Militärherrschaft

Seit dem Putsch im Mai 2014 regiert das Militär unter General und Premier Prayuth Chan-o-cha. Den Ankündigungen des Militärs, nach dem Putsch für eine Versöhnung des Landes und eine Rückkehr zu demokratischen Verfahren zu sorgen, ist seither nicht Folge geleistet worden. Vielmehr bestehen gesellschaftliche Konflikte fort und die Wahlen wurden wiederholt verschoben. Laut Angaben der Militärregierung werden die Wahlen nun erst nach der offiziellen Krönung von Maha Vajiralongkorn stattfinden. Der Termin für die Krönung ist aber noch offen. Gleichzeitig hat sich das Militär mit der neuen Verfassung, einem 20-Jahres-Plan und der Gesetzgebung durch die vom Militär besetzte Nationalversammlung den eigenen Zugriff auf die politischen Machtressourcen des Landes auch nach einer möglichen Wahl gesichert.

Nach dem Putsch mussten für die Verabschiedung der 20. Verfassung seit 1932 zwei Verfassungsgebungsprozesse durchgeführt werden. Beide Prozesse waren nicht inklusiv gestaltet und ließen keine Partizipation weiterer Teile der Bevölkerung zu. Der erste Entwurf wurde am 6.9.2015 durch den Nationalen Reformrat abgelehnt, obwohl dieser ebenso wie die Verfassungskommission vom Militär ernannt war. Nach einem neuen Prozess wurde ein zweiter Entwurf in einer Volksabstimmung am 7.8.2016 mit gut 60 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 59 Prozent) angenommen und 2017 verabschiedet. Wie bereits der erste, sieht auch der angenommene Entwurf starke Einschränkungen demokratischer Prozesse vor. Problematisch ist vor allem, dass der Senat vollständig ernannt wird, Sitze für die Führung des Militärs reserviert sind, weitere nichtgewählte Kontrollorgane für das gewählte Parlament und die Regierung eingesetzt werden und auch eine Person, die nicht ins Parlament gewählt wurde, Premierminister_in werden kann. Der/die Premierminister_in wird von Parlament und Senat gemeinsam bestimmt, was konkret die Möglichkeit eröffnet, dass Junta-Führer Prayuth weiterregiert. Das Militär will über diese Vorgaben sicherstellen, dass es in einer Übergangsphase von fünf Jahren und auch nach möglichen Wahlen die Kontrolle über die Regierungsgeschäfte behält.

Thailands Gesellschaft ist gespalten

Der Putsch 2014 beendete die offene Auseinandersetzung zweier Hauptkonfliktparteien. Dieser Konflikt spaltet noch immer die Gesellschaft, auch wenn er aktuell nicht ausgetragen wird. Die eine Seite ist eine Koalition mehrheitlich aus traditionellen Eliten, dem Militär und der Bevölkerung Bangkoks und des Südens. Sie wirft den ehemaligen gewählten Regierungen Populismus und autoritäres Verhalten vor und spricht den Unterstützer_innen dieser Regierungen die Demokratiefähigkeit ab. Sie fordert Reformen zur Ermöglichung von »Good Governance«, de facto jedoch vor allem die Aufrechterhaltung traditioneller Ordnungsstrukturen, inklusive eigener Privilegien. Diese Koalition wurde in den Protesten vor dem Putsch von den sogenannten »Gelbhemden« getragen und hat ihren politischen Arm primär in der *Demokratischen Partei* (DP). Die andere Seite fordert eine volle Demokratisierung und Reformen nur durch gewählte Parlamente und Regierungen. Diese Gruppe besteht vor allem

aus den sogenannten »Rothemden«, der ländlichen und eher armen Bevölkerung des Nordens und Nordostens und wurde politisch durch die »roten« Parteien, zuletzt durch die *Pheu Thai* (PT) vertreten. Dabei geht ihr Demokratieverständnis jedoch mehrheitlich nicht über das Regieren elektoraler Mehrheiten hinaus und sieht weder »checks and balances« noch einen Minderheitenschutz vor. »The winner takes it« all war bisher die Agenda beider politischer Lager und Kompromissvorschläge blieben aus.

Vier Jahre nach dem Putsch hat jedoch auch eine Entfremdung von Teilen des »gelben Lagers« vom Militär stattgefunden. Unzufrieden mit den ausbleibenden Reformenerfolgen und angesichts des eigenen Bedeutungsverlustes fordern auch Politiker_innen der DP eine Rückkehr zu Wahlen und üben Kritik an der immer weiter gehenden Installation des Militärs. Zuletzt löste vor allem das Gesetz über politische Parteien Widerspruch aus, welches die Neuregistrierung neuer und existierender Parteien zum 1.3.2018 beziehungsweise 1.4.2018 ermöglichte beziehungsweise erforderte. Auch für existierende Parteien mussten sich alle Mitglieder neu registrieren, was eine starke Mitgliederabnahme zur Folge hatte. Trotz der Parteienregistrierung besteht weiterhin ein Politikverbot.

Neben Parteipolitiker_innen der DP wenden sich auch andere einstige Unterstützer_innen der »gelben« Proteste und des Putschs von der Militärregierung ab. Zu einem »grand bargain« zwischen den traditionellen »gelben« Eliten und den neuen »roten« Eliten ist es allerdings bisher genauso wenig gekommen, wie zu einer Initiative zur Verständigung moderater Kräfte aus den beiden polarisierten Bewegungen heraus. Doch haben sich 2018 auch neue parteipolitische Optionen eröffnet. Aktuell haben sich über 70 Parteien registriert, aber nicht alle werden die Kriterien an Mitgliederzahl und Budget sowie andere Voraussetzungen erfüllen, um sich vollständig zu officialisieren. Auch ist zu erwarten, dass die Mehrheit der Parteien keine inhaltlichen oder ideologischen Schwerpunkte setzen wird. Vielmehr wirbt das Militär bereits bei einigen Parteien um ihre Unterstützung bei und auch nach den möglichen Wahlen im kommenden Jahr. Dennoch haben sich vereinzelt Parteien formiert, die auf ein stärkeres programmatisches Fundament setzen. Interessant sind dabei vor allem zwei Formationen, die *Future Forward Party* (FFP) und die *Commoners Party* (CP), die beide klar pro-demokratisch und progressiv sind. Aufgrund des Politikverbots sind weitergehende programmatische Inhalte zwar in beiden Fällen noch unbekannt, doch haben sowohl FFP als auch CP ihre Präferenz für die Soziale Demokratie geäußert. Noch ist unklar, wie die Chancen dieser neuen Parteien bei einer möglichen Wahl 2019 stehen werden.

Historische Zäsur: Der Tod des Königs

Der Tod des Königs Bhumibol Adulyadej am 13.10.2016 nach 70-jähriger Amtszeit verschärfte die Herausforderung traditioneller Ordnungsstrukturen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch gesellschaftlichen Wandel und die Popularität der »roten« Regierungen bereits immer mehr in Frage gestellt worden waren. König Bhumibol genoss im Volk ein väterliches bis gottgleiches Ansehen und war Integrationsfigur und Legitimationsanker für die traditionelle politische und wirtschaftliche Machtverteilung in Thailand. Dabei ging seine Rolle immer wieder über die in der Verfassung explizit vorgesehenen repräsentativen und bestätigenden Aufgaben hinaus. Durch Machtwörter griff er in die Tagespolitik und politische Krisen ein, legitimierte Militärputsche und Repressionen, schlichtete aber auch Konflikte und bleibt nach wie vor durch sein Wohltätigkeitsengagement in der Bevölkerung beliebt. Durch den Tod Bhumibols ist ein Machtvakuum entstanden, denn seinem Nachfolger König Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun (Rama X) ist es nicht möglich, eine ähnliche Rolle zu spielen.

Trotz einiger anderslautender Gerüchte übernahm der Thronfolger am 1.12.2016 das Amt. Bislang wurde aber noch kein konkretes Datum für seine Krönung festgelegt. Seit seiner Amtsübernahme hat der neue König mehrfach aktiv in die politischen Prozesse eingegriffen. So verlangte er beispielsweise Änderungen seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse. Am bedeutendsten ist dabei die Rückkehr zum vorherigen Artikel 5, der dem König

und nicht dem Verfassungsgericht und einem Komitee von Staatsvertreter_innen die Macht gibt, solche politische Konflikte zu lösen, die nicht an anderer Stelle in der Verfassung abgedeckt sind. Auch müssen königliche Erlasse nicht mehr vom Parlament gegengezeichnet werden. Der neue König unterstellte zudem die Palastdienste seiner persönlichen Aufsicht und entzog sie damit jeder öffentlichen Kontrolle. Er erließ zahlreiche königliche Dekrete gegen mutmaßlich korrupte Mönche und verstärkte damit seinen Einfluss auf den institutionalisierten Buddhismus. Auch kam es zu einigen prominenten Begnadigungen von Fällen der Majestätsbeleidigung samt königlicher Audienz, nach denen sich die Begnadigten voller Wohlwollen über den König, aber kritisch gegenüber der Regierung äußerten.

Es ist davon auszugehen, dass der neue König zwar Allianzen und Absprachen mit dem Militär geschlossen hat. Dieses hatte sich auch deswegen an die Macht geputzt, um in der Regierung zu sein, während sich das Machtgefüge um das Königsnetzwerk neu konfiguriert. Doch agiert der König im Gegensatz zur Praxis vergangener Jahre auch unabhängig von der militärischen Führung. Diese neuen Trennlinien und die mögliche Schwächung des Ansehens der Monarchie stellen die Legitimationsgrundlage traditioneller Ordnungsstrukturen noch stärker in Frage als zuvor. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Risse innerhalb des Militärs spürbarer werden. Dies bleibt eine Unsicherheit in den kommenden Jahren und könnte die Transformationskrise Thailands verschärfen.

Rechte und Freiheiten sind eingeschränkt

Zunächst durch das erlassene Kriegsrecht und seit April 2015 über den Artikel 44 der Übergangsverfassung ist die Gewaltenteilung aufgehoben. Die Junta sowie die von ihr ernannten Organe verfügen über umfassende Rechte in Exekutive, Legislative und Jurisdiktion. Politische Rechte sind stark eingeschränkt und politische Äußerungen sind untersagt. Die Versammlungsfreiheit ist aufgehoben und damit ist auch den politischen Parteien jedes Treffen von mehr als fünf Personen untersagt. Das Berufen auf und das Ausüben von Meinungsfreiheit führt regelmäßig zu Repressionen. Opfer dieser Maßnahmen sind bislang vornehmlich Politiker_innen, Demokratie-Aktivist_innen, Journalist_innen und Akademiker_innen. Auch fand das Majestätsbeleidigungsgesetz seit dem Militärputsch und noch mehr seit dem Thronwechsel verstärkte Anwendung. Seit Ende des Trauerjahres um König Bhumibol im Oktober 2017 sind die Vorfälle wieder rückläufig. Das schärfste Gesetz seiner Art weltweit kann von jeder Person zur Anzeige verwendet werden und wird in undurchsichtigen Gerichtsverfahren verhandelt.

Unmittelbar nach dem Tod des Königs wurde keine offene Kritik geäußert, nachdem das Militär bereits am Todestag zu Ruhe und Ordnung im Trauerjahr aufgerufen hatte. Seit Ende des Trauerjahrs und Einäscherung des Königs werden kritische Stimmen jedoch lauter. Korruptionsvorwürfe gegen die politische und unternehmerische Elite setzten die Regierung insbesondere Anfang 2018 stark unter Druck. Auch auf die Ankündigung einer erneuten Verschiebung der Wahlen wurden mit öffentlichem Protest reagiert. Es ist zu erwarten, dass sich 2018 und 2019 mehr offene Opposition zeigen wird. Dabei bleibt jedoch nicht auszuschließen, dass das Militär gegen diese Opposition erneut im Namen der nationalen Sicherheit einschreiten und diese als Legitimation für eine weitere Verlängerung ihrer Regierung vorschreiben wird.

Außenpolitik

Thailands Regierung hat seit dem Putsch zunehmend eine Diversifizierung ihrer außenpolitischen Optionen durchgeführt. Historisch stark in Partnerschaften mit Ländern des Westens eingebunden, kam es immer mehr zu öffentlichkeitswirksamen Annäherungen an China und zunächst auch an Russland. Thailand engagiert sich weiterhin im Regionalbündnis ASEAN.

Thailand und der »Westen«

Sowohl von der EU und ihren Mitgliedsstaaten wie auch von den USA, dem traditionell engen Verbündeten Thailands, gab es wiederholt Kritik am Militärputsch. Sie kritisierten die ausbleibende Rückkehr zu Wahlen, die Einschränkungen der Menschen- und Bürgerrechte und die Repressionen gegen Regimekritiker_innen. Während die EU-Staaten beschlossen, keine Treffen auf Ministerebene mehr durchzuführen, gab die Obama-Regierung zwar keine offizielle Einschränkung bekannt, nahm jedoch seit dem Staatsstreich keine derartigen Treffen wahr. Darüber hinaus wurden keine Sanktionen erlassen. Dennoch wurden die Verhandlungen zu einem EU-Thailand Freihandelsabkommen von der EU-Seite auf Eis gelegt. Kontakt zur Militärregierung bestand weiterhin auf Botschaftsebene.

Im Jahr 2017 kam es zu einem Wandel in den Außenbeziehungen. US-Präsident Trump nahm direkten Kontakt zur Militärregierung auf und empfing den Junta-Chef Prayuth in Washington DC. Kurz darauf hoben auch die EU-Regierungen ihre Kontaktsperre auf. Letzteres wurde von der thailändischen Bevölkerung vor allem mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Auch die Regierung schenkte dem Entschluss keine große Aufmerksamkeit, vermarktete diese Entwicklung jedoch als positives Feedback zur eigenen Regierungsführung. Die thailändische Regierung hatte stets betont, dass sie die Distanzierung der westlichen Partner für unangemessen hielt und sich als Opfer eines Doppelstandards im Vergleich zu anderen nichtdemokratischen Staaten sah. Im Juni 2018 reiste Premier Prayuth nach Europa, um sich mit den Regierungen von Theresa May in Großbritannien und Emmanuel Macron in Frankreich zu treffen. Es wurden vornehmlich wirtschaftliche Themen, aber auch Arbeitsbedingungen besprochen und die europäischen Partner forderten baldige Wahlen. Ob letzteres Wirkung zeigt, ist fraglich, da auf ähnliche Appelle in der Vergangenheit primär Lippenbekenntnisse zu einer Rückkehr zu demokratischen Verfahren folgten.

Thailand und der »Osten«

Trotz der bleibenden Bedeutung des Verhältnisses zu den USA und der EU verstärkte die thailändische Junta deutlich ihre Beziehungen zu China und Russland, die keine vergleichbare Kritik am Sturz der Demokratie übten. Diese Intensivierung wird nicht zuletzt als Hauptgrund für die neuerliche Annäherung durch die EU und die USA gesehen, die ihre geopolitische und wirtschaftliche Stellung zu sichern gewillt sind. Seit Übernahme der Regierung durch das Militär fanden hochrangige bilaterale thai-chinesische und zunächst auch thai-russische Besuche statt und vor allem die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen wurden ausgebaut. Neben dem Handel mit diesen Ländern hat insbesondere China in große Infrastrukturprojekte in Thailand investiert. Gemeinsame Militärübungen wurden durchgeführt und Waffenkäufe, unter anderem ein umstrittener U-Boot-Kauf im Jahr 2017, vereinbart. Auch kommen die mit großem Abstand meisten Tourist_innen in Thailand aus China.

Thailand und ASEAN

Im Verbund der ASEAN-Staaten spielt Thailand eine konstruktive Rolle und hat sich beispielsweise im Konflikt um das Südchinesische Meer als Vermittler versucht. Thailand will die Gemeinschaft weiter fördern und wird 2019 ihren Vorsitz übernehmen. Zu allen Nachbarn sind die Beziehungen inzwischen insgesamt gut. Auch zu Kambodscha hat sich das Verhältnis gebessert, auch wenn die Grenzstreitigkeiten, die seit 2013 durch den Internationalen Gerichtshof beschieden sind, noch nicht vollständig beigelegt sind.

Besondere Beziehungen bestehen zu Myanmar, die historisch immer wieder von Konflikten geprägt waren. Heute liefert Myanmar zum einen Erdgas und für die thailändische Wirtschaft unentbehrliche, günstige Arbeitskräfte. Zum anderen wurde der Öffnungs- und Demokratisierungsprozess Myanmars aus der eigenen thailändischen Krise heraus beobachtet, nachdem über Jahrzehnte der eigene Entwicklungsvorsprung Teil der nationalen Identität

tät war. Die Verfolgung der Rohingya in Myanmar wurde in Thailand stark diskutiert und das Vorgehen der myanmarischen Regierung gegen Journalist_innen, Wissenschaftler_innen und die Zivilgesellschaft offen kritisiert. Die Regierung schwieg zu den Vorgängen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Anhaltende Erholung, doch kein nachhaltiger Aufschwung

In den Jahren 2016 und 2017 zeigte sich eine Erholung der Wirtschaft Thailands. Durch eine gestiegene auswärtige und heimische Nachfrage 2017 und starke öffentliche Ausgaben wächst die Wirtschaft trotz des starken Baht stärker als in den vergangenen Jahren. 2017 lag Thailands BIP-Wachstum bei 3,5 Prozent. Der Militärregierung gelingt es allerdings nicht, die Wirtschaft nachhaltig und zukunftssicher umzustrukturieren.

Thailand ist stark exportabhängig, circa 69 Prozent des BIP stammen aus dem Außenhandel. 2017 sind die Exporte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wichtigster Handelspartner ist der ASEAN-Raum, gefolgt von China. In der EU hat Thailand den meisten Austausch mit Deutschland. Japan ist der wichtigste ausländische Investor (ca. 4 Milliarden USD in 2017, 47 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen). Es gibt circa 4.500 japanische Unternehmen in Thailand. 90 Prozent der thailändischen Unternehmen sind von kleiner oder mittlerer Größe. Dienstleistungen machen gut 55 Prozent des BIP aus, Industrieprodukte circa 36 Prozent und Landwirtschaft gut acht Prozent. Hauptindustrien sind die Automobil-, Finanz-, Elektronik- und Tourismusindustrien. Die Tourismusbranche ist 2017 erneut gewachsen.

Auch wenn der Putsch und die politische Situation für die zunächst schwache Wirtschaftslage ab 2014 verantwortlich sind, so ist eine Vielzahl von Faktoren für die wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes anzuführen. Zwar hielten sich Investoren aufgrund der unsicheren politischen Lage zurück und Zollpräferenzen mit der EU sind seit Ende 2014 ausgelaufen. Doch hatte auch die schwächelnde Weltwirtschaft das stark exportabhängige Land getroffen. Vor allem die Entwicklungen in China haben Einfluss auf die Lage vor Ort. Zudem sind strukturelle Schwächen relevant, die bereits vor der Machtergreifung des Militärs bestanden. Thailand befindet sich in der sogenannten »Middle Income Trap«. Nachdem es im vergangenen Jahrhundert wirtschaftliche Erfolge durch die Produktion im Niedriglohnssektor verzeichnete, stiegen mit der Zeit die Löhne und Produktionskosten. Industrien wie die Textilbranche wanderten größtenteils in Nachbarländer ab. Gleichzeitig konnte Thailand nicht zu den technologisch weiter fortgeschrittenen Ländern mit höherer Produktivität aufschließen. Investoren bemängeln die fehlende Ausbildung und Kompetenzen der thailändischen Arbeitnehmer_innen.

Die Regierung unternimmt trotz Erkennen dieser Probleme nicht die notwendigen Schritte, auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu gelangen und die Binnennachfrage anzukurbeln. Das Einschränken der Meinungsfreiheit und die Gängelung progressiver Akademiker_innen tragen dazu bei, dass kein innovationsfreundliches Klima in Thailand entsteht. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Studierenden in Thailand inzwischen sogar abnimmt. Im Rahmen des Putschs wurde ein Strauß von Politiken zur Belebung der Wirtschaft angekündigt. Bisher hat die Regierung lediglich einen sehr vorsichtigen Bürokratieabbau sowie einen Breitbandausbau begonnen. Von der durchgeführten Steuerreform profitieren vor allem die Wohlhabenden. So ist auch der Besitz der fünf im Forbes-Ranking geführten reichsten Unternehmerfamilien Thailands in den Jahren seit dem Putsch drastisch gewachsen. Als Grund hierfür werden direkte Verbindungen zur Regierung angenommen. Auch in den von Nepotismus und Ineffizienz geprägten Staatsbetrieben kam es kaum zu Veränderungen. Die geplanten Sonderwirtschaftszonen in den Grenzgebieten haben bisher primär zu Landkonflikten mit der Bevölkerung geführt. Noch ist unklar, wie erfolgreich das ehrgeizige Infrastrukturprojekt *Eastern Economic Corridor* sein wird, für das bisher umgerechnet 45

Milliarden US-Dollar für den Ausbau von Hafen, Bahnnetz und Fabriken im Südosten Bangkoks zur Stärkung neuer Industrien eingeplant sind.

Gleichzeitig bleibt eine Gefahr von Sanktionen bestehen. Dies ist beispielsweise im Fischereisektor der Fall, für welchen die EU bereits eine »gelbe Karte« vergeben hat. Sollte die Regierung nicht ausreichend Anstrengungen unternehmen, die illegale, nicht-dokumentierte und nicht-regulierte Fischerei zu bekämpfen, droht die EU mit Handelsbeschränkungen.

Soziale Entwicklung und Gewerkschaften

Hohe Ungleichheit

Thailand ist geprägt von hoher Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient liegt bei 37,8 (2013). Zehn Prozent der Landbesitzenden verfügen über mehr als drei Fünftel des Landes. Die Ungleichheit zwischen Peripherie und Zentrum wird zudem administrativ unterstützt. Knapp 75 Prozent der öffentlichen Ausgaben gehen nach Bangkok und Umgebung, wo unter 30 Prozent der Thais leben. Die durch die Ungleichheit entstandenen sozialen Verwerfungen erklären auch Teile der politischen Spaltung.

Die Regierung unternimmt kaum etwas, der Ungleichheit entgegenzuwirken. Vielmehr verschärft sie durch ihr Vorgehen das Auseinanderdriften. Wie beschrieben, begünstigt die unternommene Steuerreform eher die Besserverdienenden und bedeutende Unternehmerfamilien genießen prioritäre Behandlung. Zudem griff die Regierung rhetorisch immer wieder den Mindestlohn und die allgemeine Krankenversicherung an und stempelte sie als Populismus ab – zwei Projekte, die wie andere sozialpolitische Maßnahmen unter den »roten« Shinawatra-Regierungen eingeführt wurden.

Circa ein Drittel der Angestellten ist sozialversichert. Sicherung existiert gegen Risiken bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit und für Familienlasten, für Mutterschutz, im Alter und im Todesfall. Im Oktober 2015 wurde mit dem *Social Security Act* (SSA) die Sicherung ausgebaut (gesundheitliche Vorsorge und vereinfachter Zugang zu Leistungen). Dazu beschloss das Kabinett im April 2017 eine Reihe von Gesetzen, um die Leistungen von freiwillig Versicherten nach Artikel 40 des SSA zu verbessern. Diese schließen ein neues Krankengeld, erhöhte Zahlungen im Todesfall, ein Kindergeld und eine Einmalzahlung zu Rentenbeginn ein. Insgesamt reichen die Zahlungen, die durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen sowie durch Steuergelder finanziert werden, nicht aus und es wird auf private Zusatzversicherungen und besonders auf familiäre Netze zurückgegriffen. Zudem werden informell Beschäftigte, die circa 60 Prozent aller Arbeitnehmer_innen ausmachen, nicht ausreichend in die Systeme integriert.

Gewerkschaftsbewegung weiterhin schwach

Die Gewerkschaftsbewegung in Thailand ist traditionell schwach. Da das Entwicklungsmodell auf Niedriglöhnen basiert, wurden Arbeitnehmervertretungen jahrzehntelang als Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden und vom Staat unterdrückt. Noch immer sind die Gewerkschaften wenig organisations- und kampagnenfähig. Nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmer_innen ist gewerkschaftlich organisiert. Schätzungen gehen von einem Organisationsgrad unter einem Prozent aus. Patronagepraktiken bestehen in den Gewerkschaften fort und die Bewegung ist zersplittert. Durch gegensätzliche Positionierungen während der vergangenen beiden Putsche hat die politische Fragmentierung weiter zugenommen. Insbesondere die mitgliederstarken Verbände der Staatsunternehmen waren fester Bestandteil der reaktionären »gelben« Allianz von Royalist_innen, Militärs und Nationalist_innen.

Ein Überdenken der Unterstützung der militärischen Machtübernahme hat bisher nicht stattgefunden, obwohl die Hoffnungen vieler Gewerkschafter_innen auf ein Ende der Privatisierung und mehr politische Mitsprache der Gewerkschaftsführungen von der Junta enttäuscht wurden. Auch eine Erhöhung des Mindestlohns wurde erst zum Jahr 2017 vorgenommen und ist zudem mit einer regionalen Differenzierung einhergegangen (von 300 Thai Baht/7,60 Euro pro Tag seit 2013 um 5-10 Baht in 69 der 77 Provinzen und ab April 2018 erneut um 5-22 Baht auf 308 Thai Baht/knapp 7,90 EUR bis 330 Thai Baht/gut 8,40 EUR). Forderungen nach einer Rückkehr zur Demokratie sind aus den Gewerkschaften mehrheitlich nicht zu hören. Doch unterstützen auch nicht alle Mitglieder den reaktionären Kurs. Der Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie macht jedoch eine Kurskorrektur beinahe unmöglich. Dies schwächt die Schlagkraft und Kohäsion der Bewegung insgesamt weiter.

Die Verwaltung der sozialen Sicherungssysteme schloss die Beitragszahler traditionell von der Mitbestimmung aus. Eine der Kernforderungen der Gewerkschaftsbewegung war daher ein Mitbestimmungsrecht über den Sozialversicherungsfond, das im Rahmen des *Social Security Act* auch anerkannt wurde. Trotz dieser Anerkennung besetzte die Junta das Exekutivkomitee 2015 selbst und weigerte sich seitdem, Wahlen durchführen zu lassen.

Der Mythos Geschlechtergerechtigkeit

Thailand gilt auf den ersten Blick als positives Beispiel in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit. Frauen sind rechtlich gleichgestellt und sind mehrheitlich berufstätig. Frauen sind in der Wissenschaft stark vertreten und Thailand hat mit 57 Prozent die weltweit fünfmeisten weiblichen Promovierten. Frauen besetzen Führungspositionen in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft. Ein entsprechendes Narrativ der vollständigen Gleichstellung ist in der thailändischen Gesellschaft dominant.

Doch trotz der Positionen von Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft sind die Herrschaftsstrukturen Thailands männlich dominiert und Diskriminierung und Objektivierung von Frauen ist in verschiedenen Lebensbereichen tief verankert. Die traditionellen Eliten, insbesondere das Militär und das Netzwerk der Monarchie, bestehen de facto ausschließlich aus männlichen Entscheidungsträgern. Doch nicht nur aktuell unter der Militärherrschaft fehlt Geschlechtergerechtigkeit in Entscheidungsstrukturen. Auch die »roten« Parteien wurden durch die Führungsperson Thaksin gelenkt und das übrige Führungspersonal ist mit der prominenten Ausnahme von Thaksins Schwester und ehemaligen Premierministerin Yingluck überwiegend männlich.

Objektivierung von Frauen wird zum einen in der Prostitution und zum anderen in den Unterhaltungsmedien deutlich. Das Land ist seit dem Kalten Krieg und der Stationierung US-amerikanischer Soldaten von Sextourismus geprägt. Doch auch in der thailändischen Gesellschaft ist trotz des moralischen Tabus die Frequentierung von Prostituierten eher die Norm als die Ausnahme. Circa 70 Prozent der thailändischen Männer machen ihre ersten sexuellen Erfahrungen mit Sexarbeiterinnen. Das Verbot von Prostitution trifft dabei die Frauen, da es ausschließlich ihre Tätigkeit kriminalisiert. Die Frauen selbst kommen oft vom Land oder aus den Nachbarländern und bestreiten meist aus ökonomischen Zwängen diese Arbeit. Dieser Zusammenhang von sozialem Hintergrund und Diskriminierung führt dazu, dass das Bild der thailändischen Geschlechtergerechtigkeit von der Mittel- und Oberschicht weitergetragen wird, die selbst nicht von diesen Zwängen betroffen ist. Umso schwieriger erscheint eine Dekonstruktion dieses Narrativs.

Ein zweites Beispiel der Objektivierung findet sich in den Unterhaltungsmedien. In 80 Prozent der thailändischen Seifenopern sind Vergewaltigungsszenen Teil der Handlung und werden oft nicht als solche problematisiert, sondern von den Handelnden akzeptiert. Häufig verliebt sich das Opfer in der Folge in den Täter. Aus einem Drittel der thailändischen Haushalte wird in einer Umfrage der Mahidol-Universität von häuslicher Gewalt berichtet. Gewalt gegen Frauen nimmt weiter zu.

Gleichzeitig herrschen konservative Moralvorstellungen in der thailändischen Gesellschaft vor. Abtreibung ist verboten und wird tabuisiert. Ein langsamer und vorsichtiger Wandel ist jedoch nicht auszuschließen. Ein erstes Anzeichen dafür ist die geplante Reform des Sexualkundeunterrichts.

Arbeitslinien der FES

Die FES in Thailand möchte sowohl zur politischen wie auch zur sozioökonomischen Transformation des Landes einen konstruktiven Beitrag leisten. Von der eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der Beschneidung politischer Rechte ist auch die Arbeit der FES betroffen.

- Als Teil eines von der FES initiierten Netzwerks für »Thai Civic Education« leistet die Stiftung einen Beitrag zu politischer Bildung und Demokratieunterricht an Thailands Schulen. Ein Rahmenkonzept wurde dafür entworfen und entsprechendes Material entwickelt. Sozialkundelehrer_innen werden geschult und wenden diese Konzepte im Unterricht an. Seit 2016 gibt es ein Zentrum für Thai Civic Education.
- Junge Journalist_innen und Aktivist_innen werden in einer Schule für investigativen Journalismus auf ihre Informations- und Kontrollfunktion vorbereitet.
- In einer Sommerschule schult die FES gemeinsam mit ihrem Partner gesellschaftspolitisch interessierte junge Menschen inhaltlich, trainiert sie in praktischen Fähigkeiten und unterstützt ihre Vernetzung.
- Durch zahlreiche Publikationen versucht die FES die Debatte um die politische Transformation des Landes voranzubringen.
- Gewerkschaften werden mit Blick auf die Schaffung von Allianzen mit anderen Akteuren wie zivilgesellschaftlichen Organisationen und der öffentlichen Verwaltung unterstützt. Schwerpunkte sind hierbei Soziale Sicherung (inklusive Beschäftigungssicherheit), Fragen der Zukunft der Arbeit (Digitalisierung und Automatisierung sowie *Just Transition*), genderrelevante Fragen und die Rechte von Arbeitsmigrant_innen. Auch werden Maßnahmen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit in thailändischen Gewerkschaften mit dem Ziel der Solidarisierung mit ausländischen Kolleg_innen durchgeführt.
- Im Projekt »Wirtschaft von Morgen« werden alternative Wirtschaftsmodelle für Thailand diskutiert, die ökonomisch und ökologisch nachhaltiger sowie sozial gerechter als das aktuelle Modell sind. Im Jahr 2018 beschäftigt sich eine Expertengruppe mit der digitalen Transformation.
- Seit 2016 befindet sich mit Unterstützung und nach Initiierung durch die FES ein feministisches Netzwerk im Aufbau. Akteur_innen wurden zusammengebracht und relevante Themen identifiziert. Auch die regionale Vernetzung ist Teil dieser Arbeitslinie.

Daten auf einen Blick

Staatsoberhaupt	König Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun, Rama X, seit Dezember 2016					
Regierungschef	General Prayuth Chan-o-cha, seit Mai 2014					
Bevölkerung Zahlen der Vereinten Nationen	Einwohnerzahl: 69 Millionen Buddhisten 94%, Muslime 4% (Stand: 2018, <u>Auswärtiges Amt</u>)					
Gini-Index Der Gini-Index stellt hier die Ungleichheit der Einkommen dar.	(Der Wert 0 steht für eine gleichmäßige Verteilung, der Wert 100 für die maximale Ungleichverteilung).				Vergleich Deutschland	
	37,8 (Stand: 2013, Weltbank)				31,7 (Stand: 2015, Weltbank)	
Index für menschliche Entwicklung Der HDI der Vereinten Nationen erfasst die durchschnittlichen Werte eines Landes in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung wie Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2016
	Keine Angabe möglich	Platz 87 von 188	Platz 87 von 187	Platz 93 von 187	Platz 89 von 187	Platz 4 von 188
Global Gender Gap Index Der GGP des World Economic Forum erfasst die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Politik	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2017
	Platz 75 von 144	Platz 71 von 144	Platz 60 von 145	Platz 61 von 142	Platz 65 von 136	Platz 12 von 144
Korruptionswahrnehmungswahlungs-Index Der CPI von Transparency International listet die Länder nach dem Grad der im öffentlichen Sektor wahrgenommenen Korruption auf.	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2016
	Platz 96 von 180	Platz 101 von 176	Platz 76 von 167	Platz 85 von 174	Platz 102 von 174	Platz 12 von 180
Freedom House Index Der Freedom House Index misst den Grad an Demokratie und Freiheit in einem Land. 1 = sehr frei 7 = sehr unfrei	2018	2017	2016	2015	2014	Vergleich Deutschland 2018
	5,5	5,5	5,5	5,5	4	1,0
BIP (in US-Dollar) Zahlen der Weltbank (in Mrd.)	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2017
	423	407	394	382	379	3.866
BIP pro Kopf (in US-Dollar) Zahlen der Weltbank	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2017
	6.126	5.901	5.740	5.591	5.559	46.747
Wirtschaftswachstum in % Zahlen der Weltbank	2017	2016	2015	2014	2013	Vergleich Deutschland 2017
	3,9	3,3	3,0	1,0	2,7	2,2